Europäisches Parlament
2024-2029

Ausschuss für regionale Entwicklung

2026/2054(INI)

24.7.2026

ÄNDERUNGSANTRÄGE 296 - 355

Entwurf eines Berichts
Jacek Protas
(PE789.932v01-00)

Kohäsionspolitik in den östlichen Grenzregionen der EU: Stärkung der territorialen Resilienz und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit
(2026/2054(INI))

Änderungsantrag 296
Piotr Müller, Waldemar Buda

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. betont, dass das Recht zu bleiben in direktem Zusammenhang mit der territorialen ***Widerstandsfähigkeit***, der demografischen Erneuerung und der Sicherheit der Union steht und das Recht der Bürgerinnen und Bürger umfasst, in der Region, in der sie ihren Wohnsitz haben, zu leben, zu arbeiten, sich aus- und weiterzubilden, eine Familie zu gründen und hochwertige öffentliche Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, auch wenn es sich um Gebiete handelt, die geopolitischem Druck und Sicherheitsbedrohungen ausgesetzt sind;	11. betont, dass das Recht zu bleiben in direktem Zusammenhang mit der territorialen ***Resilienz***, der demografischen Erneuerung und der Sicherheit der Union steht und das Recht der Bürgerinnen und Bürger umfasst, in der Region, in der sie ihren Wohnsitz haben, zu leben, zu arbeiten, sich aus- und weiterzubilden, eine Familie zu gründen und hochwertige öffentliche Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, auch wenn es sich um Gebiete handelt, die geopolitischem Druck und Sicherheitsbedrohungen ausgesetzt sind; ***betont, dass die Verwirklichung des Rechts zu bleiben eine aktive familienfreundliche Politik, zugänglichen Wohnraum, Gesundheitsversorgung, Schulen und hochwertige Arbeitsplätze sowie gezielte Anreize erfordert, um junge Menschen zum Bleiben und zur Rückkehr zu ermutigen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die demografische Erneuerung der östlichen Grenzregionen als Priorität von strategischer Bedeutung für die Sicherheit der Union anzuerkennen;***

Or. pl

Änderungsantrag 297
Mārtiņš Staķis
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. betont, dass das Recht zu bleiben in	11. betont, dass das Recht zu bleiben in

direktem Zusammenhang mit der territorialen Widerstandsfähigkeit, der demografischen Erneuerung und der Sicherheit der Union steht und das Recht der Bürgerinnen und Bürger umfasst, in der Region, in der sie ihren Wohnsitz haben, zu leben, zu arbeiten, sich aus- und weiterzubilden, eine Familie zu gründen und hochwertige öffentliche Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, auch wenn es sich um Gebiete handelt, die geopolitischem Druck und Sicherheitsbedrohungen ausgesetzt sind;	direktem Zusammenhang mit der territorialen Widerstandsfähigkeit, der demografischen Erneuerung und der Sicherheit der Union steht und das Recht der Bürgerinnen und Bürger umfasst, in der Region, in der sie ihren Wohnsitz haben, zu leben, zu arbeiten, sich aus- und weiterzubilden, eine Familie zu gründen und hochwertige öffentliche Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, auch wenn es sich um Gebiete handelt, die geopolitischem Druck und Sicherheitsbedrohungen ausgesetzt sind; ***stellt darüber hinaus fest, dass die Bewohner von Grenzregionen mit höheren Mobilitätskosten konfrontiert sind, da es sich bei grundlegenden Dienstleistungen, Bildungseinrichtungen und Arbeitsplätzen häufig um große Entfernungen handelt; hält es für eine umsichtige Politik, dass die Union die Senkung dieser Mobilitätskosten direkt unterstützt, unter anderem durch Zuschüsse für Transportausgaben, um dem Recht auf Verbleib praktische Wirksamkeit zu verleihen;***

Or. en

Änderungsantrag 298
Alexandra Mehnert

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. betont, dass das Recht zu bleiben in direktem Zusammenhang mit der territorialen Widerstandsfähigkeit, der demografischen Erneuerung und der Sicherheit der Union steht und das Recht der Bürgerinnen und Bürger umfasst, in der Region, in der sie ihren Wohnsitz haben, zu leben, zu arbeiten, sich aus- und weiterzubilden, eine Familie zu gründen und hochwertige öffentliche Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen,	11. betont, dass das Recht zu bleiben in direktem Zusammenhang mit der territorialen Widerstandsfähigkeit, der demografischen Erneuerung und der Sicherheit der Union steht und das Recht der Bürgerinnen und Bürger umfasst, in der Region, in der sie ihren Wohnsitz haben, zu leben, zu arbeiten, sich aus- und weiterzubilden, eine Familie zu gründen und hochwertige öffentliche Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen,

auch wenn es sich um Gebiete handelt, die geopolitischem Druck und Sicherheitsbedrohungen ausgesetzt sind;	auch wenn es sich um Gebiete handelt, die geopolitischem Druck und Sicherheitsbedrohungen ausgesetzt sind; ***hebt hervor, dass dieses Recht nur dann wirksam verwirklicht werden kann, wenn wettbewerbsfähige Standortbedingungen, hochwertige Arbeitsplätze, eine starke berufliche Aus- und Weiterbildung, eine verlässliche Daseinsvorsorge sowie leistungsfähige öffentliche und private Investitionen den Menschen eine langfristige Perspektive in ihrer Heimatregion eröffnen;***

Or. de

Änderungsantrag 299
Gabriella Gerzsenyi

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. betont, dass das ***Recht zu bleiben*** in direktem Zusammenhang mit der territorialen Widerstandsfähigkeit, der demografischen Erneuerung und der Sicherheit der Union steht und das Recht der Bürgerinnen und Bürger umfasst, in der Region, in der sie ihren Wohnsitz haben, zu leben, zu arbeiten, sich aus- und weiterzubilden, eine Familie zu gründen und hochwertige öffentliche Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, auch wenn es sich um Gebiete handelt, die geopolitischem Druck und Sicherheitsbedrohungen ausgesetzt sind;	11. betont, dass das ***Aufenthaltsrecht*** in direktem Zusammenhang mit der territorialen Widerstandsfähigkeit, der demografischen Erneuerung und der Sicherheit der Union steht und das Recht der Bürgerinnen und Bürger umfasst, in der Region, in der sie ihren Wohnsitz haben, zu leben, zu arbeiten, sich aus- und weiterzubilden, eine Familie zu gründen und hochwertige öffentliche Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, auch wenn es sich um Gebiete handelt, die geopolitischem Druck und Sicherheitsbedrohungen ausgesetzt sind; ***betont, dass die Stärkung der Resilienz auch Investitionen in erschwinglichen Wohnraum, hochwertige Bildung, berufliche Aus- und Weiterbildung, Kompetenzentwicklung und lebenslanges Lernen erfordert, die auf die Bedürfnisse des regionalen Arbeitsmarktes abgestimmt sind, um hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen, Talente zu halten und anzuziehen sowie Unternehmertum und***

Innovation in den östlichen Grenzregionen zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag 300
Krzysztof Hetman

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. betont, dass das Recht zu bleiben in direktem Zusammenhang mit der territorialen ***Widerstandsfähigkeit***, der demografischen Erneuerung und der Sicherheit der Union steht und das Recht der Bürgerinnen und Bürger umfasst, in der Region, in der sie ihren Wohnsitz haben, zu leben, zu arbeiten, sich aus- und weiterzubilden, eine Familie zu gründen und hochwertige öffentliche Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, auch wenn es sich um Gebiete handelt, die geopolitischem Druck und Sicherheitsbedrohungen ausgesetzt sind;	11. betont, dass das Recht zu bleiben in direktem Zusammenhang mit der territorialen ***Resilienz***, der demografischen Erneuerung und der Sicherheit der Union steht und das Recht der Bürgerinnen und Bürger umfasst, in der Region, in der sie ihren Wohnsitz haben, zu leben, zu arbeiten, sich aus- und weiterzubilden, eine Familie zu gründen und hochwertige öffentliche Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, auch wenn es sich um Gebiete handelt, die geopolitischem Druck und Sicherheitsbedrohungen ausgesetzt sind; ***dieses Recht umfasst auch die Möglichkeit, eine hochwertige Tätigkeit in den Bereichen moderne Industrie, Logistik, Technologie und Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau der Ukraine aufzunehmen, ein Unternehmen zu führen, moderne öffentlichen Dienstleistungen zu nutzen, eine Bildung auf hohem Niveau zu erwerben und sich an einer wissensbasierten Wirtschaft zu beteiligen;***

Or. pl

Änderungsantrag 301
Marta Wcisło, Elżbieta Katarzyna Łukacijewska, Magdalena Adamowicz

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. betont, dass das Recht zu bleiben in direktem Zusammenhang mit der territorialen Widerstandsfähigkeit, der demografischen Erneuerung und der Sicherheit der Union steht und das Recht der Bürgerinnen und Bürger umfasst, in der Region, in der sie ihren Wohnsitz haben, zu leben, zu arbeiten, sich aus- und weiterzubilden, eine Familie zu gründen und hochwertige öffentliche Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, auch wenn es sich um Gebiete handelt, die geopolitischem Druck und Sicherheitsbedrohungen ausgesetzt sind;	11. betont, dass das Recht zu bleiben in direktem Zusammenhang mit der territorialen Widerstandsfähigkeit ***und der territorialen Kohäsion***, der demografischen Erneuerung und der Sicherheit der Union steht und das Recht der Bürgerinnen und Bürger umfasst, in der Region, in der sie ihren Wohnsitz haben, zu leben, zu arbeiten, sich aus- und weiterzubilden, eine Familie zu gründen und hochwertige öffentliche Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, auch wenn es sich um Gebiete handelt, die geopolitischem Druck und Sicherheitsbedrohungen ausgesetzt sind; ***betont, dass das Recht auf Verbleib in den östlichen Grenzregionen auch Unterstützung für lokales Unternehmertum, berufliche Bildung, Gesundheitsversorgung, Wohnraum, Verkehrsanbindung und attraktive Arbeitsplätze für junge Menschen erfordert, damit Grenzgemeinschaften nicht gezwungen sind, zwischen Sicherheitsrisiken und wirtschaftlicher Auswanderung zu wählen;***

Or. en

Änderungsantrag 302
Dan-Ştefan Motreanu, Iuliu Winkler

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. betont, dass das Recht zu bleiben in direktem Zusammenhang mit der territorialen Widerstandsfähigkeit, der demografischen Erneuerung und der Sicherheit der Union steht und das Recht der Bürgerinnen und Bürger umfasst, in der Region, in der sie ihren Wohnsitz haben, zu leben, zu arbeiten, sich aus- und	11. betont, dass das Recht zu bleiben in direktem Zusammenhang mit der territorialen Widerstandsfähigkeit, der demografischen Erneuerung und der Sicherheit der Union steht und das Recht der Bürgerinnen und Bürger umfasst, in der Region, in der sie ihren Wohnsitz haben, zu leben, zu arbeiten, sich aus- und

weiterzubilden, eine Familie zu gründen und hochwertige öffentliche Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, auch wenn es sich um Gebiete handelt, die geopolitischem Druck und Sicherheitsbedrohungen ausgesetzt sind;	weiterzubilden, eine Familie zu gründen und hochwertige öffentliche Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, auch wenn es sich um Gebiete handelt, die geopolitischem Druck und Sicherheitsbedrohungen ausgesetzt sind; ***betont, dass die praktische Umsetzung des Rechts auf Verbleib Investitionen in hochwertige Beschäftigung, erschwinglichen Wohnraum, Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheitsversorgung, Mobilität, digitale Konnektivität sowie kulturelle und gemeinschaftliche Dienstleistungen erfordert;***

Or. en

Änderungsantrag 303
Şerban Dimitrie Sturdza

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. betont, dass das Recht zu bleiben in direktem Zusammenhang mit der territorialen Widerstandsfähigkeit, der demografischen Erneuerung und der Sicherheit der Union steht und das Recht der Bürgerinnen und Bürger umfasst, in der Region, in der sie ihren Wohnsitz haben, zu leben, zu arbeiten, sich aus- und weiterzubilden, eine Familie zu gründen und hochwertige öffentliche Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, auch wenn es sich um Gebiete handelt, die geopolitischem Druck und Sicherheitsbedrohungen ausgesetzt sind;	11. betont, dass das Recht zu bleiben in direktem Zusammenhang mit der territorialen Widerstandsfähigkeit, der demografischen Erneuerung und der Sicherheit der Union steht und das Recht der Bürgerinnen und Bürger umfasst, in der Region, in der sie ihren Wohnsitz haben, zu leben, zu arbeiten, sich aus- und weiterzubilden, eine Familie zu gründen und hochwertige öffentliche Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, auch wenn es sich um Gebiete handelt, die geopolitischem Druck und Sicherheitsbedrohungen ausgesetzt sind; ***fordert die Kommission auf, gemeinsam mit den Mitgliedstaaten für eine angemessene und vorhersehbare Finanzierung von Maßnahmen zu sorgen, die darauf abzielen, die Bevölkerung in den östlichen Grenzregionen zu halten und anzuziehen;***

Or. en

Änderungsantrag 304
Jacek Protas, Andrzej Buła, Krzysztof Hetman

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. betont, dass das Recht zu bleiben ***in direktem Zusammenhang mit der territorialen Widerstandsfähigkeit, der demografischen Erneuerung und der Sicherheit der Union steht und*** das Recht der Bürgerinnen und Bürger ***umfasst***, in der Region, in der sie ihren Wohnsitz haben, zu leben, zu arbeiten, sich aus- und weiterzubilden, eine Familie zu gründen und hochwertige öffentliche Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, auch wenn es sich um Gebiete handelt, die geopolitischem Druck und Sicherheitsbedrohungen ausgesetzt sind;	11. betont, dass das Recht zu bleiben ***als*** das Recht der Bürgerinnen und Bürger ***zu verstehen ist***, in der Region, in der sie ihren Wohnsitz haben, zu leben, zu arbeiten, sich aus- und weiterzubilden, eine Familie zu gründen und hochwertige öffentliche Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, auch wenn es sich um Gebiete handelt, die geopolitischem Druck und Sicherheitsbedrohungen ausgesetzt sind;

Or. pl

Änderungsantrag 305
Piotr Müller, Waldemar Buda

Entschließungsantrag
Ziffer 11 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	11a. betont die zentrale Bedeutung der Gemeinsamen Agrarpolitik für die Lebensfähigkeit der östlichen Grenzregionen, in denen die Landwirtschaft die Grundlage der Wirtschaft, der Beschäftigung und der Sozialstruktur bildet; fordert, dass für die Landwirte in diesen Regionen eine stabile und vorhersehbare Einkommensstützung, Schutz vor Marktverzerrungen infolge von Einfuhren aus Drittländern und

angemessene Schutzmechanismen im Zusammenhang mit der Erweiterung der Union sichergestellt werden; weist darauf hin, dass die einseitige Liberalisierung der Einfuhr ukrainischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch die Kommission, die ohne angemessene Folgenabschätzung und ohne Berücksichtigung der Probleme, die dies auf den Märkten der östlichen Grenzregionen verursachen würde, durchgeführt wurde, zu schwerwiegenden Marktverzerrungen und einem Zustrom von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Waren geführt hat, die nicht den Qualitäts-, Gesundheits- und Umweltstandards der EU entsprechen, denen die Erzeuger in der EU unterliegen; betont, dass die Kosten dieser Entscheidung vor allem von den Landwirten und Verarbeitern in den Grenzregionen getragen wurden; bringt ferner seine tiefe Besorgnis über die Auswirkungen des Handelsabkommens zwischen der EU und den Mercosur-Ländern auf die europäische Landwirtschaft zum Ausdruck und fordert eine echte Gegenseitigkeit der Standards und wirksame Schutzklauseln zum Schutz der Erzeuger in den Grenzregionen; lehnt jede Schwächung der Gemeinsamen Agrarpolitik oder ihre Integration in zentralisierte nationale Pläne ab, wodurch ihre Zugänglichkeit für die Landwirte in den Grenzregionen eingeschränkt würde;

Or. pl

Änderungsantrag 306
Şerban Dimitrie Sturdza

Entschließungsantrag
Ziffer 11 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	11a. Fordert die Einrichtung eines speziellen EU-Mechanismus für

Humankapital für die östlichen Grenzregionen, der in drei einander ergänzende Richtungen gegliedert ist: Beschleunigung der Kompetenzentwicklung in strategischen Sektoren; Unterstützung der Bindung vorhandener Talente und der Rückkehr junger Menschen, die die Region verlassen haben; und systematische Verknüpfung jedes großen Investitionsprojekts mit einer maßgeschneiderten Berufsbildungskomponente, die in Zusammenarbeit mit Universitäten, Ausbildungszentren und Wirtschaftsakteuren entwickelt wird; betont, dass Infrastruktur ohne Menschen keine dauerhaften Auswirkungen hat und dass die demografische Widerstandsfähigkeit untrennbar mit der wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit verbunden ist;

Or. en

Änderungsantrag 307
Daniel Buda

Entschließungsantrag
Ziffer 11 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	11a. Fordert die Einrichtung eines speziellen EU-Mechanismus für Humankapital für die östlichen Grenzregionen, der in drei einander ergänzende Richtungen gegliedert ist: Beschleunigung der Kompetenzentwicklung in strategischen Sektoren; Unterstützung der Bindung vorhandener Talente und der Rückkehr junger Menschen, die die Region verlassen haben; und systematische Verknüpfung jedes großen Investitionsprojekts mit einer maßgeschneiderten Berufsbildungskomponente, die in

Zusammenarbeit mit Universitäten, Ausbildungszentren und Wirtschaftsakteuren entwickelt wird; betont, dass Infrastruktur ohne Menschen keine dauerhaften Auswirkungen hat und dass die demografische Widerstandsfähigkeit untrennbar mit der wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit verbunden ist;

Or. en

Änderungsantrag 308
Mārtiņš Staķis
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 11 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	11a. weist erneut darauf hin, wie wichtig eine verstärkte durchgängige Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung in allen EU-Finanzierungsprogrammen ist, und betont die besondere Rolle von Frauen, insbesondere in Grenzregionen, da sie eine wichtige Rolle in der Zivilgesellschaft und bei nachhaltigem Wirtschaftswachstum spielen und gleichzeitig Schwierigkeiten beim Zugang zum Arbeitsmarkt sowie bei der Erzielung gleichen Entgelts und öffentlichen Dienstleistungen wie Gesundheit und Kinderbetreuung haben;

Or. en

Änderungsantrag 309
Dan-Ştefan Motreanu, Iuliu Winkler

Entschließungsantrag
Ziffer 11 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	11a. Fordert gezielte Maßnahmen, um junge Menschen und Fachkräfte zu halten und anzuziehen und die Rückkehrmigration zu erleichtern, einschließlich der Unterstützung des Unternehmertums, der Berufsbildung, der Anerkennung von Qualifikationen, des Zugangs zu Wohnraum und der Wiedereingliederung zurückkehrender Familien;

Or. en

Änderungsantrag 310
Sabrina Repp

Entschließungsantrag
Ziffer 11 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	11a. betont, dass hierfür massive Investitionen in die Daseinsvorsorge, den Nahverkehr und Breitbandausbau insbesondere in den ländlichen und küstennahen Räumen des Ostseeraums unerlässlich sind, um der Abwanderung junger Menschen wirksam zu begegnen;

Or. de

Änderungsantrag 311
Krzysztof Hetman

Entschließungsantrag
Ziffer 11 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	11a. fordert die Einführung von besonderen Instrumenten zur Schaffung von Anreizen für Unternehmen in Grenzregionen und die Schaffung von Sonderwirtschaftszonen zur

Unterstützung des Wiederaufbaus der Ukraine;

Or. pl

Änderungsantrag 312
Jacek Protas, Andrzej Buła, Krzysztof Hetman

Entschließungsantrag
Ziffer 11 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	11b. weist darauf hin, dass viele östliche Grenzregionen von einer langanhaltenden Entvölkerung, dem Altern ihrer Bevölkerung und der Abwanderung junger Menschen betroffen sind, was ihr Entwicklungspotenzial und ihre Fähigkeit, öffentliche Dienstleistungen aufrechtzuerhalten, schwächt; betont, dass diese Phänomene struktureller Natur sind und die gesamte Ostflanke der EU betreffen; fordert die Kommission auf, den östlichen Grenzregionen bei der Umsetzung der künftigen Strategie für das Recht zu bleiben Vorrang einzuräumen; fordert, dass die Pläne für nationale und regionale Partnerschaft im Rahmen des MFR 2028-2034 spezifische, messbare und angemessen finanzierte Verpflichtungen enthalten, um Einwohner zu halten und anzuziehen, darunter Darlehensprogramme für Erstkäufer zu Vorzugsbedingungen, Bindungsprämien für Beschäftigte im Gesundheitswesen und Lehrkräfte, Zuschüsse für den Erwerb von Land für Junglandwirte, die sich in den östlichen Grenzregionen niederlassen wollen, und eine kofinanzierte Kinderbetreuungs- und Altenpflegeinfrastruktur, wobei ländliche Gebiete, die von Entvölkerung bedroht sind, besonders berücksichtigt werden sollten;

Or. pl

Änderungsantrag 313
Piotr Müller, Waldemar Buda

Entschließungsantrag
Ziffer 11 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	11b. weist darauf hin, dass die östlichen Grenzregionen aufgrund ihrer Wirtschaftsstruktur, ihrer historischen Abhängigkeit von bestimmten Energiequellen und ihrer begrenzten Investitionskapazitäten besonders anfällig für die Auswirkungen der Energie- und Klimawende sind; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass diese Regionen durch regulatorische und klimapolitische Anforderungen nicht unverhältnismäßig belastet werden, da dies ihre Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit gefährden könnte; betont, dass die Energieversorgungssicherheit, einschließlich der Entwicklung der Kernenergie und der Diversifizierung der Versorgungsquellen und -wege, eine Voraussetzung für die Resilienz dieser Regionen und für die Beendigung der Abhängigkeit der Union von Rohstoffen aus der Russischen Föderation ist;

Or. pl

Änderungsantrag 314
Şerban Dimitrie Sturdza

Entschließungsantrag
Ziffer 11 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	11b. fordert darüber hinaus die Einrichtung regionaler zentraler Anlaufstellen für den Privatsektor in den östlichen Grenzregionen, die Unternehmen einen integrierten Zugang

zu Finanzmitteln, Beratungsdiensten, Marktinformationen, Innovationsförderung und Partnerschaftsmöglichkeiten bieten; betont, dass private Investoren in Regionen, die einem erhöhten geopolitischen Risiko ausgesetzt sind, nicht nur Finanzierungsinstrumente, sondern auch Klarheit, Kontinuität und institutionelle Verbindung benötigen;

Or. en

Änderungsantrag 315
Jacek Protas, Andrzej Buła, Krzysztof Hetman

Entschließungsantrag
Ziffer 11 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	11b. betont, dass dieses Recht in den östlichen Grenzregionen unmittelbar mit der territorialen Resilienz, der demografischen Erneuerung und der Fähigkeit der Union, florierende Gemeinschaften entlang ihrer Außengrenzen aufrechtzuerhalten, zusammenhängt; ist der Ansicht, dass die Entvölkerung der östlichen Grenzregionen nicht nur als soziale und wirtschaftliche Herausforderung, sondern auch als strategische Bedrohung für die Sicherheit der Union angesehen werden sollte;

Or. pl

Änderungsantrag 316
Krzysztof Hetman

Entschließungsantrag
Ziffer 11 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

	11b. betont, dass die von den Auswirkungen des Krieges betroffene Tourismusbranche unterstützt werden muss, indem Kampagnen zur Bewerbung der Grenzregionen als sicher und stabil finanziert werden und indem in die transregionale Infrastruktur und die Entwicklung des Kurtourismus (Erholungstourismus) investiert wird;

Or. pl

Änderungsantrag 317
Jacek Protas, Andrzej Buła, Krzysztof Hetman

Entschließungsantrag
Ziffer 11 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	11c. betont, dass kohäsionspolitische Investitionen in die Sicherheit und Verteidigung in den östlichen Grenzregionen durch nachhaltige Investitionen in das sozioökonomische Gefüge dieser Regionen ergänzt werden müssen und nicht etwa ersetzt werden dürfen; warnt vor jeglichem Kompromiss zwischen Ausgaben für die Sicherheit und langfristigen kohäsionspolitischen Investitionen, der zu einer beschleunigten Entvölkerung und einem unumkehrbaren regionalen Niedergang führen würde;

Or. pl

Änderungsantrag 318
Dan-Ştefan Motreanu, Iuliu Winkler

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Öffentliche Beihilfen als notwendiges Instrument zur Sicherstellung der	***entfällt***

Wettbewerbsfähigkeit der östlichen Grenzregionen und ihres gleichberechtigten Zugangs zum Binnenmarkt

Or. en

Änderungsantrag 319
Jacek Protas, Andrzej Buła, Krzysztof Hetman

Entschließungsantrag
Ziffer 11 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	11d. betont, dass die östlichen Grenzregionen der EU unter einem strukturellen Mangel an privaten Investitionen leiden, der auf ihre Randlage, ihre institutionelle Schwäche und die seit 2022 zunehmenden geopolitischen Risiken zurückzuführen ist; stellt fest, dass die meisten dieser Regionen in Bezug auf ihre Innovationskapazität, ihren Marktzugang und ihre institutionelle Qualität unter dem EU-Durchschnitt liegen;

Or. pl

Änderungsantrag 320
Dan-Ştefan Motreanu, Iuliu Winkler

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 4 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Berücksichtigung geopolitischer Schwachstellen im künftigen EU-Investitionsrahmen

Or. en

Änderungsantrag 321
Jacek Protas, Andrzej Buła, Krzysztof Hetman

Entschließungsantrag
Ziffer 11 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	11e. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, in allen östlichen Grenzregionen, in denen durch strukturelle Arbeitslosigkeit, geschlossene Grenzen und den Abfluss von Investitionen ein wirtschaftliches Vakuum entsteht, das mit marktbasierten Instrumenten allein nicht geschlossen werden kann, neue Sonderwirtschaftszonen einzurichten und bestehende Sonderwirtschaftszonen auszuweiten und zu stärken;

Or. pl

Änderungsantrag 322
Jacek Protas, Andrzej Buła, Krzysztof Hetman

Entschließungsantrag
Ziffer 11 f (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	11f. fordert, dass die EU-Vorschriften über staatliche Beihilfen an die besondere Situation der östlichen Grenzregionen angepasst werden, damit die Mitgliedstaaten Investitionen in diesen Gebieten wirksamer und ohne übermäßigen Verfahrensaufwand unterstützen können; betont, dass diese Regionen unverhältnismäßig hohe geopolitische und wirtschaftliche Kosten tragen, was eine stärkere Beteiligung der öffentlichen Hand an der Mobilisierung privater Investitionen rechtfertigt; fordert die Kommission auf, zu prüfen, ob der derzeitige Rechtsrahmen flexibel genug ist, um die außergewöhnlichen strukturellen Herausforderungen, mit

denen diese Gebiete konfrontiert sind, zu bewältigen;

Or. pl

Änderungsantrag 323
Mārtiņš Staķis
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. stellt fest, dass die östlichen Grenzregionen ein unterschiedliches Maß an wirtschaftlicher, demografischer, sicherheitspolitischer ***und*** territorialer Anfälligkeit aufweisen und dass sich in keiner der bestehenden territorialen Klassifikationen, die in der Kohäsionspolitik verwendet werden, diese Unterschiede ausreichend widerspiegeln; betont, dass keine der derzeitigen Messgrößen Sicherheitsrisiken als eine eigenständige Dimension des territorialen Zusammenhalts umfasst; weist darauf hin, dass die bloße geografische Nähe zur östlichen Außengrenze nicht das einzige Kriterium für die Förderfähigkeit sein kann, da aus ihr nicht das tatsächliche Ausmaß der strukturellen, demografischen und wirtschaftlichen Herausforderungen ersichtlich ist, denen die einzelnen Regionen gegenüberstehen;	12. stellt fest, dass die östlichen Grenzregionen ein unterschiedliches Maß an wirtschaftlicher, demografischer, sicherheitspolitischer***,*** territorialer***, klimabezogener und ökologischer*** Anfälligkeit aufweisen und dass sich in keiner der bestehenden territorialen Klassifikationen, die in der Kohäsionspolitik verwendet werden, diese Unterschiede ausreichend widerspiegeln; betont, dass keine der derzeitigen Messgrößen Sicherheitsrisiken als eine eigenständige Dimension des territorialen Zusammenhalts umfasst; weist darauf hin, dass die bloße geografische Nähe zur östlichen Außengrenze nicht das einzige Kriterium für die Förderfähigkeit sein kann, da aus ihr nicht das tatsächliche Ausmaß der strukturellen, demografischen und wirtschaftlichen Herausforderungen ersichtlich ist, denen die einzelnen Regionen gegenüberstehen; ***bedauert, dass der bestehende Rahmen für staatliche Beihilfen den spezifischen sicherheitsbezogenen Nachteilen der östlichen Grenzregionen nicht Rechnung trägt; fordert die Kommission auf, die Leitlinien für staatliche Beihilfen mit regionaler Zielsetzung und die Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung dahingehend zu überarbeiten, dass die Gefährdung durch Sicherheitsbedrohungen als***

eigenständiges Kriterium anerkannt wird, das höhere Obergrenzen für die Beihilfeintensität, höhere Anmeldeschwellen und mehr Flexibilität für Betriebsbeihilfen in diesen Regionen ermöglicht; betont, dass Sonderwirtschaftszonen eine wichtige Rolle dabei spielen, Investitionen in strukturschwache Grenzgebiete anzuziehen, und fordert, dass der Rahmen für staatliche Beihilfen deren wirksames Funktionieren unterstützt;

Or. en

Änderungsantrag 324
Elsi Katainen, Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. stellt fest, dass die östlichen Grenzregionen ein unterschiedliches Maß an wirtschaftlicher, demografischer, sicherheitspolitischer und territorialer Anfälligkeit aufweisen und dass sich in keiner der bestehenden territorialen Klassifikationen, die in der Kohäsionspolitik verwendet werden, diese Unterschiede ausreichend widerspiegeln; betont, dass keine der derzeitigen Messgrößen Sicherheitsrisiken als eine eigenständige Dimension des territorialen Zusammenhalts umfasst; weist darauf hin, dass die bloße geografische Nähe zur östlichen Außengrenze nicht das einzige Kriterium für die Förderfähigkeit sein kann, da aus ihr nicht das tatsächliche Ausmaß der strukturellen, demografischen und wirtschaftlichen Herausforderungen ersichtlich ist, denen die einzelnen Regionen gegenüberstehen;	12. stellt fest, dass die östlichen Grenzregionen ein unterschiedliches Maß an wirtschaftlicher, demografischer, sicherheitspolitischer und territorialer Anfälligkeit aufweisen und dass sich in keiner der bestehenden territorialen Klassifikationen, die in der Kohäsionspolitik verwendet werden, diese Unterschiede ausreichend widerspiegeln; betont, dass keine der derzeitigen Messgrößen Sicherheitsrisiken als eine eigenständige Dimension des territorialen Zusammenhalts umfasst; weist darauf hin, dass die ***Karte, die in der Mitteilung der Kommission über die östlichen Grenzregionen der EU vorgestellt wird, ausschließlich auf einer einzigen territorialen Klassifikation beruht und nicht die geografische Nähe der tatsächlichen Verwaltungsregionen zur östlichen Außengrenze der EU in allen beteiligten Ländern widerspiegelt; weist darauf hin, dass Verwaltungsregionen, die geografisch an die russische und die belarussische Grenze angrenzen, mit***

einzigartigen Herausforderungen konfrontiert sind, die unmittelbar mit der Nähe der Grenze zusammenhängen; stellt jedoch fest, dass die bloße geografische Nähe zur östlichen Außengrenze nicht das einzige Kriterium für die Förderfähigkeit sein kann, da aus ihr nicht das tatsächliche Ausmaß der strukturellen, demografischen und wirtschaftlichen Herausforderungen ersichtlich ist, denen die einzelnen Regionen gegenüberstehen;

Or. en

Änderungsantrag 325
Şerban Dimitrie Sturdza

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. stellt fest, dass die östlichen Grenzregionen ein unterschiedliches Maß an wirtschaftlicher, demografischer, sicherheitspolitischer und territorialer Anfälligkeit aufweisen und dass sich in keiner der bestehenden territorialen Klassifikationen, die in der Kohäsionspolitik verwendet werden, diese Unterschiede ausreichend widerspiegeln; betont, dass ***keine*** der derzeitigen ***Messgrößen Sicherheitsrisiken als eine*** eigenständige Dimension des territorialen Zusammenhalts ***umfasst***; weist darauf hin, dass die bloße geografische Nähe zur östlichen Außengrenze ***nicht das einzige Kriterium für die Förderfähigkeit sein kann, da aus ihr nicht das tatsächliche Ausmaß*** der strukturellen, demografischen und wirtschaftlichen Herausforderungen ***ersichtlich ist,*** denen ***die einzelnen*** Regionen ***gegenüberstehen***;	12. stellt fest, dass die östlichen Grenzregionen ein unterschiedliches Maß an wirtschaftlicher, demografischer, sicherheitspolitischer und territorialer Anfälligkeit aufweisen und dass sich in keiner der bestehenden territorialen Klassifikationen, die in der Kohäsionspolitik verwendet werden, diese Unterschiede ausreichend widerspiegeln; betont, dass ***die derzeitigen Analyse- und Programmplanungsrahmen die Auswirkungen des anhaltenden sicherheitsbezogenen Drucks auf die regionale Entwicklung und die Investitionsbedingungen nicht ausreichend erfassen, da Sicherheitsbedrohungen in keiner*** der derzeitigen ***Maßnahmen als*** eigenständige Dimension des territorialen Zusammenhalts ***behandelt werden***; weist darauf hin, dass die bloße geografische Nähe zur östlichen Außengrenze ***die Vielfalt*** der strukturellen, demografischen und wirtschaftlichen Herausforderungen***, von*** denen ***diese*** Regionen ***betroffen sind, und ihre Exposition gegenüber***

geopolitischen Risiken nicht angemessen widerspiegeln kann und daher nicht das einzige Kriterium für die Förderfähigkeit sein kann, sondern dass der Beitrag ihrer Regionen zur Sicherheit und Resilienz sowohl der Union als auch ihrer Mitgliedstaaten berücksichtigt werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 326
Dan-Ştefan Motreanu, Iuliu Winkler

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. stellt fest, dass die östlichen Grenzregionen ein unterschiedliches Maß an wirtschaftlicher, demografischer, sicherheitspolitischer und territorialer Anfälligkeit aufweisen und dass sich in keiner der bestehenden territorialen Klassifikationen, die in der Kohäsionspolitik verwendet werden, diese Unterschiede ausreichend widerspiegeln; betont, dass ***keine*** der derzeitigen ***Messgrößen Sicherheitsrisiken als eine*** eigenständige Dimension des territorialen Zusammenhalts ***umfasst***; weist darauf hin, dass die bloße geografische Nähe zur östlichen Außengrenze ***nicht das einzige Kriterium für die Förderfähigkeit sein kann, da aus ihr nicht das tatsächliche Ausmaß*** der strukturellen, demografischen und wirtschaftlichen Herausforderungen ***ersichtlich ist,*** denen ***die einzelnen*** Regionen ***gegenüberstehen***;	12. stellt fest, dass die östlichen Grenzregionen ein unterschiedliches Maß an wirtschaftlicher, demografischer, sicherheitspolitischer und territorialer Anfälligkeit aufweisen und dass sich in keiner der bestehenden territorialen Klassifikationen, die in der Kohäsionspolitik verwendet werden, diese Unterschiede ausreichend widerspiegeln; betont, dass ***die derzeitigen Analyse- und Programmplanungsrahmen die Auswirkungen des anhaltenden sicherheitsbezogenen Drucks auf die regionale Entwicklung und die Investitionsbedingungen nicht ausreichend erfassen, da Sicherheitsbedrohungen in keiner*** der derzeitigen ***Maßnahmen als*** eigenständige Dimension des territorialen Zusammenhalts ***behandelt werden***; weist darauf hin, dass die bloße geografische Nähe zur östlichen Außengrenze ***die Vielfalt*** der strukturellen, demografischen und wirtschaftlichen Herausforderungen***, von*** denen ***diese*** Regionen ***betroffen sind, und ihre Exposition gegenüber geopolitischen Risiken nicht angemessen widerspiegeln kann und daher nicht das einzige Kriterium für die Förderfähigkeit***

sein kann, sondern dass der Beitrag der Regionen zur Sicherheit und Resilienz sowohl der Union als auch ihrer Mitgliedstaaten berücksichtigt werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 327
Daniel Buda

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. stellt fest, dass die östlichen Grenzregionen ein unterschiedliches Maß an wirtschaftlicher, demografischer, sicherheitspolitischer und territorialer Anfälligkeit aufweisen und dass sich in keiner der bestehenden territorialen Klassifikationen, die in der Kohäsionspolitik verwendet werden, diese Unterschiede ausreichend widerspiegeln; betont, dass ***keine*** der derzeitigen ***Messgrößen Sicherheitsrisiken als eine*** eigenständige Dimension des territorialen Zusammenhalts ***umfasst***; weist darauf hin, dass die bloße geografische Nähe zur östlichen Außengrenze ***nicht das einzige Kriterium für die Förderfähigkeit sein kann, da aus ihr nicht das tatsächliche Ausmaß*** der strukturellen, demografischen und wirtschaftlichen Herausforderungen ***ersichtlich ist,*** denen ***die einzelnen*** Regionen ***gegenüberstehen***;	12. stellt fest, dass die östlichen Grenzregionen ein unterschiedliches Maß an wirtschaftlicher, demografischer, sicherheitspolitischer und territorialer Anfälligkeit aufweisen und dass sich in keiner der bestehenden territorialen Klassifikationen, die in der Kohäsionspolitik verwendet werden, diese Unterschiede ausreichend widerspiegeln; betont, dass ***die derzeitigen Analyse- und Programmplanungsrahmen die Auswirkungen des anhaltenden sicherheitsbezogenen Drucks auf die regionale Entwicklung und die Investitionsbedingungen nicht ausreichend erfassen, da Sicherheitsbedrohungen in keiner*** der derzeitigen ***Maßnahmen als*** eigenständige Dimension des territorialen Zusammenhalts ***behandelt werden***; weist darauf hin, dass die bloße geografische Nähe zur östlichen Außengrenze ***die Vielfalt*** der strukturellen, demografischen und wirtschaftlichen Herausforderungen***, von*** denen ***diese*** Regionen ***betroffen sind, und ihre Exposition gegenüber geopolitischen Risiken nicht angemessen widerspiegeln kann und daher nicht das einzige Kriterium für die Förderfähigkeit sein kann, sondern dass der Beitrag ihrer Regionen zur Sicherheit und Resilienz sowohl der Union als auch ihrer***

Mitgliedstaaten berücksichtigt werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 328
Dragoş Benea

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. stellt fest, dass die östlichen Grenzregionen ein unterschiedliches Maß an wirtschaftlicher, demografischer, sicherheitspolitischer und territorialer Anfälligkeit aufweisen und dass sich in keiner der bestehenden territorialen Klassifikationen, die in der Kohäsionspolitik verwendet werden, diese Unterschiede ausreichend widerspiegeln; betont, dass ***keine*** der derzeitigen ***Messgrößen Sicherheitsrisiken als eine*** eigenständige Dimension des territorialen Zusammenhalts ***umfasst***; weist darauf hin, dass die bloße geografische Nähe zur östlichen Außengrenze ***nicht das einzige Kriterium für die Förderfähigkeit sein kann, da aus ihr nicht das tatsächliche Ausmaß*** der strukturellen, demografischen und wirtschaftlichen Herausforderungen ***ersichtlich ist,*** denen ***die einzelnen*** Regionen ***gegenüberstehen***;	12. stellt fest, dass die östlichen Grenzregionen ein unterschiedliches Maß an wirtschaftlicher, demografischer, sicherheitspolitischer und territorialer Anfälligkeit aufweisen und dass sich in keiner der bestehenden territorialen Klassifikationen, die in der Kohäsionspolitik verwendet werden, diese Unterschiede ausreichend widerspiegeln; betont, dass ***die derzeitigen Analyse- und Programmplanungsrahmen die Auswirkungen des anhaltenden sicherheitsbezogenen Drucks auf die regionale Entwicklung und die Investitionsbedingungen nicht ausreichend erfassen, da Sicherheitsbedrohungen in keiner*** der derzeitigen ***Maßnahmen als*** eigenständige Dimension des territorialen Zusammenhalts ***behandelt werden***; weist darauf hin, dass die bloße geografische Nähe zur östlichen Außengrenze ***die Vielfalt*** der strukturellen, demografischen und wirtschaftlichen Herausforderungen***, von*** denen ***diese*** Regionen ***betroffen sind, und ihre Exposition gegenüber geopolitischen Risiken nicht angemessen widerspiegeln kann und daher nicht das einzige Kriterium für die Förderfähigkeit sein kann, sondern dass der Beitrag ihrer Regionen zur Sicherheit und Resilienz sowohl der Union als auch ihrer Mitgliedstaaten berücksichtigt werden sollte***;

Or. en

Änderungsantrag 329
Marta Wcisło, Elżbieta Katarzyna Łukacijewska, Magdalena Adamowicz

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. stellt fest, dass die östlichen Grenzregionen ein ***unterschiedliches*** Maß an wirtschaftlicher, demografischer, sicherheitspolitischer und territorialer Anfälligkeit aufweisen und dass sich in keiner der bestehenden territorialen Klassifikationen, die in der Kohäsionspolitik verwendet werden, diese Unterschiede ausreichend widerspiegeln; betont, dass keine der derzeitigen Messgrößen Sicherheitsrisiken als eine eigenständige Dimension des territorialen Zusammenhalts umfasst; ***weist darauf hin, dass die bloße geografische Nähe zur östlichen Außengrenze nicht das einzige Kriterium für die Förderfähigkeit sein kann, da aus ihr nicht das tatsächliche Ausmaß der strukturellen, demografischen und wirtschaftlichen Herausforderungen ersichtlich ist, denen die einzelnen Regionen gegenüberstehen;***	12. stellt fest, dass die östlichen Grenzregionen ein ***höheres*** Maß an wirtschaftlicher, demografischer, sicherheitspolitischer und territorialer Anfälligkeit aufweisen und dass sich in keiner der bestehenden territorialen Klassifikationen, die in der Kohäsionspolitik verwendet werden, diese Unterschiede ausreichend widerspiegeln; betont, dass keine der derzeitigen Messgrößen Sicherheitsrisiken als eine eigenständige Dimension des territorialen Zusammenhalts umfasst;

Or. en

Änderungsantrag 330
Krzysztof Hetman

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. stellt fest, dass die östlichen Grenzregionen ein unterschiedliches Maß an wirtschaftlicher, demografischer, sicherheitspolitischer und territorialer	12. stellt fest, dass die östlichen Grenzregionen ein unterschiedliches Maß an wirtschaftlicher, demografischer, sicherheitspolitischer und territorialer

Anfälligkeit aufweisen und dass sich in keiner der bestehenden territorialen Klassifikationen, die in der Kohäsionspolitik verwendet werden, diese Unterschiede ausreichend widerspiegeln; betont, dass keine der derzeitigen Messgrößen Sicherheitsrisiken als eine eigenständige Dimension des territorialen Zusammenhalts umfasst; weist darauf hin, dass die bloße geografische Nähe zur östlichen Außengrenze nicht das einzige Kriterium für die Förderfähigkeit sein kann, da aus ihr nicht das tatsächliche Ausmaß der strukturellen, demografischen und wirtschaftlichen Herausforderungen ersichtlich ist, denen die einzelnen Regionen gegenüberstehen;	Anfälligkeit aufweisen und dass sich in keiner der bestehenden territorialen Klassifikationen, die in der Kohäsionspolitik verwendet werden, diese Unterschiede ausreichend widerspiegeln; betont, dass keine der derzeitigen Messgrößen Sicherheitsrisiken als eine eigenständige Dimension des territorialen Zusammenhalts umfasst; weist darauf hin, dass die bloße geografische Nähe zur östlichen Außengrenze nicht das einzige Kriterium für die Förderfähigkeit sein kann, da aus ihr nicht das tatsächliche Ausmaß der strukturellen, demografischen und wirtschaftlichen Herausforderungen ersichtlich ist, denen die einzelnen Regionen gegenüberstehen; ***ist der Ansicht, dass geopolitische Bedrohungen als neue Dimension des territorialen Zusammenhalts der Europäischen Union anerkannt werden sollten;***

Or. pl

Änderungsantrag 331
Krzysztof Hetman

Entschließungsantrag
Ziffer 12 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	12a. fordert die Kommission auf, die Vorschriften über staatliche Beihilfen, insbesondere die allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung, zu überprüfen, um die Verwaltungslast zu verringern und die Flexibilität bei der Unterstützung von Unternehmen zu vergrößern, die in Regionen an der östlichen Außengrenze der EU tätig sind; betont darüber hinaus, dass die Fördergebietskarte für Regionalbeihilfen in den östlichen Grenzregionen durch Erhöhung der Höchstsätze der Unterstützung Anpassungen unterliegt; Ziel dieser Änderung ist es, den östlichen Grenzregionen, die mit besonderen

wirtschaftlichen und geopolitischen Herausforderungen konfrontiert sind, einschließlich solcher, die sich aus der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine ergeben, zusätzliche wirtschaftliche Impulse zu geben, insbesondere im Zusammenhang mit der gehemmten Investitionstätigkeit und dem Kapitalabfluss aus diesen Regionen;

Or. pl

Änderungsantrag 332
Marta Wcisło, Elżbieta Katarzyna Łukacijewska, Magdalena Adamowicz

Entschließungsantrag
Ziffer 12 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	12a. Fordert die Kommission auf, eine gezielte Flexibilität bei staatlichen Beihilfen für die östlichen Grenzregionen zu prüfen, einschließlich höherer regionaler Beihilfeintensitäten, Garantien für Investitionsrisiken, Unterstützung für Versicherungs- und Kreditkosten im Zusammenhang mit geopolitischen Risiken, beschleunigte Genehmigung für Investitionen im Zusammenhang mit der Resilienz und gezielte Unterstützung für KMU, die an Wertschöpfungsketten in den Bereichen Güter mit doppeltem Verwendungszweck, Logistik, Reparatur, Cybersicherheit, Energie, Verkehr und kritische Infrastruktur beteiligt sind;

Or. en

Änderungsantrag 333
Krzysztof Hetman

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. fordert die Kommission auf, in Zusammenarbeit mit Eurostat und ESPON einen zusammengesetzten Indikator zur Bemessung der Anfälligkeit der östlichen Grenzregionen zu entwickeln, mit dem sich die Regionen ermitteln lassen, die am stärksten geopolitischem Druck und seinen strukturellen Folgen ausgesetzt sind***; weist darauf hin, dass*** dieser Indikator jährlich aktualisiert und als Förderkriterium und Grundlage für Entscheidungen über die Zuweisung von Mitteln im Rahmen der einschlägigen Instrumente der Union verwendet werden sollte;	13. fordert die Kommission auf, in Zusammenarbeit mit Eurostat und ESPON einen zusammengesetzten Indikator zur Bemessung der Anfälligkeit der östlichen Grenzregionen zu entwickeln, mit dem sich die Regionen ermitteln lassen, die am stärksten geopolitischem Druck und seinen strukturellen Folgen ausgesetzt sind***, wobei die Länge der EU-Außengrenze, das Volumen des Grenzverkehrs, die Kosten für die Instandhaltung der Grenzinfrastruktur, das Ausmaß der Versorgung von Flüchtlingen, die logistische Bedeutung der Region, die Lage kritischer Infrastruktur und die Auswirkungen des Krieges auf die lokale Wirtschaft zu berücksichtigen sind; der Indikator sollte als Europäischer Index für territoriale Resilienz festgelegt werden;*** dieser Indikator ***sollte von der Kommission*** jährlich aktualisiert und ***veröffentlicht werden sowie*** als Förderkriterium und Grundlage für Entscheidungen über die Zuweisung von Mitteln im Rahmen der einschlägigen Instrumente der Union verwendet werden***; dieser Indikator*** sollte ***insbesondere bei der Einführung besonderer Regelungen im Zusammenhang mit staatlichen Beihilfen für die östlichen Grenzregionen herangezogen werden, unter anderem im Hinblick auf die Beihilfeintensität***;
	Or. pl

Änderungsantrag 334
Piotr Müller, Waldemar Buda

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. fordert die Kommission auf, in Zusammenarbeit mit Eurostat und ESPON einen zusammengesetzten Indikator zur	13. fordert die Kommission auf, in Zusammenarbeit mit Eurostat und ESPON einen zusammengesetzten Indikator zur

Bemessung der Anfälligkeit der östlichen Grenzregionen zu entwickeln, mit dem sich die Regionen ermitteln lassen, die am stärksten geopolitischem Druck und seinen strukturellen Folgen ausgesetzt sind; weist darauf hin, dass dieser Indikator jährlich aktualisiert und als Förderkriterium und Grundlage für Entscheidungen über die Zuweisung von Mitteln im Rahmen der einschlägigen Instrumente der Union verwendet werden sollte;	Bemessung der Anfälligkeit der östlichen Grenzregionen zu entwickeln, mit dem sich die Regionen ermitteln lassen, die am stärksten geopolitischem Druck und seinen strukturellen Folgen ausgesetzt sind; weist darauf hin, dass dieser Indikator jährlich aktualisiert und als Förderkriterium und Grundlage für Entscheidungen über die Zuweisung von Mitteln im Rahmen der einschlägigen Instrumente der Union verwendet werden sollte; ***betont, dass dieser Indikator in transparenter Weise in Zusammenarbeit mit interessierten Mitgliedstaaten und regionalen und lokalen Gebietskörperschaften entwickelt werden sollte und dass mit ihm die bestehenden Förderkriterien für die Kohäsionspolitik ergänzt und nicht ersetzt werden sollten; betont, dass Regionen, die direkt an Russland und Belarus angrenzen, unabhängig vom Wert des Indikators in jedem Fall Anspruch auf das höchste Maß an Unterstützung haben sollten;***

Or. pl

Änderungsantrag 335
Daniel Buda

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. fordert die Kommission auf, in Zusammenarbeit mit Eurostat und ESPON einen zusammengesetzten ***Indikator zur Bemessung der Anfälligkeit der*** östlichen Grenzregionen zu entwickeln, mit dem ***sich die Regionen ermitteln lassen, die am stärksten geopolitischem Druck und seinen strukturellen Folgen ausgesetzt sind***; weist darauf hin, dass dieser Indikator jährlich aktualisiert und als Förderkriterium und Grundlage für Entscheidungen über die Zuweisung von Mitteln im Rahmen der einschlägigen	13. Fordert die Kommission auf, in Zusammenarbeit mit Eurostat und ESPON einen zusammengesetzten ***Anfälligkeitsindikator für die*** östlichen Grenzregionen zu entwickeln, mit dem ***die kombinierten Auswirkungen geopolitischer, wirtschaftlicher, demografischer und sicherheitsbezogener Belastungen erfasst werden können***; weist darauf hin, dass dieser Indikator jährlich aktualisiert und als Förderkriterium und Grundlage für Entscheidungen über die Zuweisung von Mitteln im Rahmen der

Instrumente der Union verwendet werden sollte;	einschlägigen Instrumente der Union verwendet werden sollte***, wobei die bestehenden Kohäsions- und territorialen Indikatoren ergänzt werden sollten***;

Or. en

Änderungsantrag 336
Dan-Ştefan Motreanu, Iuliu Winkler

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. fordert die Kommission auf, in Zusammenarbeit mit Eurostat und ESPON einen zusammengesetzten ***Indikator zur Bemessung der Anfälligkeit der*** östlichen Grenzregionen zu entwickeln, mit dem ***sich die Regionen ermitteln lassen, die am stärksten geopolitischem Druck und seinen strukturellen Folgen ausgesetzt sind***; weist darauf hin, dass dieser Indikator jährlich aktualisiert und als Förderkriterium und Grundlage für Entscheidungen über die Zuweisung von Mitteln im Rahmen der einschlägigen Instrumente der Union verwendet werden sollte;	13. Fordert die Kommission auf, in Zusammenarbeit mit Eurostat und ESPON einen zusammengesetzten ***Anfälligkeitsindikator für die*** östlichen Grenzregionen zu entwickeln, mit dem ***die kombinierten Auswirkungen geopolitischer, wirtschaftlicher, demografischer und sicherheitsbezogener Belastungen erfasst werden können***; weist darauf hin, dass dieser Indikator jährlich aktualisiert und als Förderkriterium und Grundlage für Entscheidungen über die Zuweisung von Mitteln im Rahmen der einschlägigen Instrumente der Union ***und für die Überwachung im Rahmen der einschlägigen Instrumente der Union*** verwendet werden sollte***, wobei die bestehenden Kohäsions- und territorialen Indikatoren ergänzt werden sollten***;

Or. en

Änderungsantrag 337
Şerban Dimitrie Sturdza

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. fordert die Kommission auf, in	13. Fordert die Kommission auf, in

Zusammenarbeit mit Eurostat und ESPON einen zusammengesetzten ***Indikator zur Bemessung der Anfälligkeit der*** östlichen Grenzregionen zu entwickeln, mit dem ***sich die Regionen ermitteln lassen, die am stärksten geopolitischem Druck und seinen strukturellen Folgen ausgesetzt sind***; weist darauf hin, dass dieser Indikator jährlich aktualisiert und als Förderkriterium und Grundlage für Entscheidungen über die Zuweisung von Mitteln im Rahmen der einschlägigen Instrumente der Union verwendet werden sollte;	Zusammenarbeit mit Eurostat und ESPON einen zusammengesetzten ***Anfälligkeitsindikator für die*** östlichen Grenzregionen zu entwickeln, mit dem ***die kombinierten Auswirkungen geopolitischer, wirtschaftlicher, demografischer und sicherheitsbezogener Belastungen erfasst werden können***; weist darauf hin, dass dieser Indikator jährlich aktualisiert und als Förderkriterium und Grundlage für Entscheidungen über die Zuweisung von Mitteln im Rahmen der einschlägigen Instrumente der Union ***und für die Überwachung im Rahmen der einschlägigen Instrumente der Union*** verwendet werden sollte***, wobei die bestehenden Kohäsions- und territorialen Indikatoren ergänzt werden sollten***;

Or. en

Änderungsantrag 338
Dragoş Benea

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. fordert die Kommission auf, in Zusammenarbeit mit Eurostat und ESPON einen zusammengesetzten Indikator zur Bemessung der Anfälligkeit der östlichen Grenzregionen zu entwickeln, mit dem sich die Regionen ermitteln lassen, die am stärksten geopolitischem Druck und seinen strukturellen Folgen ausgesetzt sind; weist darauf hin, dass dieser Indikator jährlich aktualisiert und als Förderkriterium und Grundlage für Entscheidungen über die Zuweisung von Mitteln im Rahmen der einschlägigen Instrumente der Union verwendet werden sollte;	13. fordert die Kommission auf, in Zusammenarbeit mit Eurostat und ESPON einen zusammengesetzten Indikator zur Bemessung der Anfälligkeit der östlichen Grenzregionen zu entwickeln, mit dem sich die Regionen ermitteln lassen, die am stärksten geopolitischem Druck und seinen strukturellen Folgen ausgesetzt sind; weist darauf hin, dass dieser Indikator jährlich aktualisiert und als Förderkriterium und Grundlage für Entscheidungen über die Zuweisung von Mitteln im Rahmen der einschlägigen Instrumente der Union ***sowie für die Überwachung im Rahmen der einschlägigen Instrumente der Union*** verwendet werden sollte***, wobei die bestehenden Kohäsions- und territorialen Indikatoren ergänzt werden sollten***;

Or. en

Änderungsantrag 339
Marta Wcisło, Elżbieta Katarzyna Łukacijewska, Magdalena Adamowicz

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. fordert die Kommission auf, in Zusammenarbeit mit Eurostat und ESPON ***einen*** zusammengesetzten Indikator zur Bemessung der Anfälligkeit der östlichen Grenzregionen zu entwickeln, mit dem sich die Regionen ermitteln lassen, die am stärksten geopolitischem Druck und seinen strukturellen Folgen ausgesetzt sind; weist darauf hin, dass dieser Indikator jährlich aktualisiert und als Förderkriterium und Grundlage für Entscheidungen über die Zuweisung von Mitteln im Rahmen der einschlägigen Instrumente der Union verwendet werden sollte;	13. fordert die Kommission auf, in Zusammenarbeit mit Eurostat und ESPON ***sowie unter aktiver Beteiligung des Europäischen Parlaments und des Rateseinen*** zusammengesetzten Indikator zur Bemessung der Anfälligkeit der östlichen Grenzregionen zu entwickeln, mit dem sich die Regionen ermitteln lassen, die am stärksten geopolitischem Druck und seinen strukturellen Folgen ausgesetzt sind; weist darauf hin, dass dieser Indikator jährlich aktualisiert und als Förderkriterium und Grundlage für Entscheidungen über die Zuweisung von Mitteln im Rahmen der einschlägigen Instrumente der Union verwendet werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 340
Mārtiņš Staķis
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. fordert die Kommission auf, in Zusammenarbeit mit Eurostat und ESPON einen zusammengesetzten Indikator zur Bemessung der Anfälligkeit der östlichen Grenzregionen zu entwickeln, mit dem sich die Regionen ermitteln lassen, die am stärksten geopolitischem Druck und seinen	13. fordert die Kommission auf, in Zusammenarbeit mit Eurostat und ESPON einen zusammengesetzten Indikator zur Bemessung der Anfälligkeit der östlichen Grenzregionen zu entwickeln, mit dem sich die Regionen ermitteln lassen, die am stärksten geopolitischem Druck und seinen

strukturellen Folgen ausgesetzt sind; weist darauf hin, dass dieser Indikator jährlich aktualisiert und als Förderkriterium und Grundlage für Entscheidungen über die Zuweisung von Mitteln im Rahmen der einschlägigen Instrumente der Union verwendet werden sollte;	strukturellen Folgen ausgesetzt sind; weist darauf hin, dass dieser Indikator jährlich aktualisiert und als Förderkriterium und Grundlage für Entscheidungen über die Zuweisung von Mitteln im Rahmen der einschlägigen Instrumente ***und Fonds*** der Union verwendet werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 341
Krzysztof Hetman

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. betont, dass im Rahmen dieses Indikators insbesondere der Druck im Zusammenhang mit der Sicherheitslage, die wirtschaftlichen Auswirkungen des Verlusts der grenzüberschreitenden Verbindungen, demografische Herausforderungen, die Verfügbarkeit öffentlicher Dienstleistungen und die strategische Bedeutung der Regionen für die ***Widerstandsfähigkeit*** und Sicherheit der Union berücksichtigt werden sollten***.***	14. betont, dass im Rahmen dieses Indikators insbesondere der Druck im Zusammenhang mit der Sicherheitslage***, die Belastung der regionalen Verkehrsinfrastruktur und der kommunalen Infrastruktur, die sich aus dem Betrieb logistischer Knotenpunkte für humanitäre und militärische Hilfe ergibt***, die wirtschaftlichen Auswirkungen des Verlusts der grenzüberschreitenden Verbindungen, demografische Herausforderungen, die Verfügbarkeit öffentlicher Dienstleistungen und die strategische Bedeutung der Regionen für die ***Resilienz*** und Sicherheit der Union***, einschließlich ihrer Rolle als wichtige Verkehrs-, Logistik- und Wirtschaftskorridore zur Unterstützung der Ukraine und ihres künftigen Wiederaufbauprozesses,*** berücksichtigt werden sollten***; im Rahmen des Indikators sollte auch der Entwicklungsstand der strategischen Industrie, das Innovationspotenzial der Region, ihre Forschungs- und Entwicklungskapazitäten, die Bedeutung ihrer Logistikinfrastruktur und die Beteiligung der Region an den europäischen Lieferketten berücksichtigt***

werden;

Or. pl

Änderungsantrag 342
Marta Wcisło, Elżbieta Katarzyna Łukacijewska, Magdalena Adamowicz

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. betont, dass im Rahmen dieses Indikators insbesondere der Druck im Zusammenhang mit der Sicherheitslage, die wirtschaftlichen Auswirkungen des Verlusts ***der*** grenzüberschreitenden ***Verbindungen***, demografische Herausforderungen, die Verfügbarkeit öffentlicher ***Dienstleistungen*** und die strategische Bedeutung der Regionen für die Widerstandsfähigkeit ***und*** Sicherheit der Union berücksichtigt werden sollten.	14. betont, dass im Rahmen dieses Indikators insbesondere der Druck im Zusammenhang mit der Sicherheitslage, die ***Exposition gegenüber hybriden Bedrohungen, die Nähe zu Russland und Belarus, die*** wirtschaftlichen Auswirkungen des Verlusts ***des*** grenzüberschreitenden ***Handels und Tourismus***, demografische Herausforderungen, ***der Flüchtlings- und Evakuierungsdruck, die Relevanz für die militärische Mobilität, die Anwesenheit von Grenzübergängen, die Intensität des Zoll- und Güterverkehrs, die Rolle von Knotenpunkten der Schienen- und Straßenlogistik, die Konzentration kritischer Infrastrukturen, die Gefährdung durch Cyber- und GNSS-Störungen,*** die Verfügbarkeit öffentlicher ***Dienstlesitungen, die Verwaltungskapazitäten*** und die strategische Bedeutung der Regionen für die Widerstandsfähigkeit***,*** Sicherheit ***und Unterstützung*** der Union ***für die Ukraine und Moldau*** berücksichtigt werden sollten.

Or. en

Änderungsantrag 343
Daniel Buda

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. betont, dass im Rahmen dieses Indikators insbesondere der Druck im Zusammenhang mit der Sicherheitslage, die wirtschaftlichen Auswirkungen des Verlusts der grenzüberschreitenden Verbindungen, demografische Herausforderungen, die Verfügbarkeit öffentlicher Dienstleistungen und die strategische Bedeutung der Regionen für die Widerstandsfähigkeit ***und*** Sicherheit der Union berücksichtigt werden sollten.	14. betont, dass im Rahmen dieses Indikators insbesondere der Druck im Zusammenhang mit der Sicherheitslage, die wirtschaftlichen Auswirkungen des Verlusts der grenzüberschreitenden ***wirtschaftlichen*** Verbindungen***, die regionale Konnektivität***, demografische Herausforderungen, die Verfügbarkeit öffentlicher Dienstleistungen und die strategische Bedeutung der Regionen für die Widerstandsfähigkeit***,*** Sicherheit***, Wettbewerbsfähigkeit und territoriale Konnektivität*** der Union berücksichtigt werden sollten. ***betont, dass der Indikator auch ausdrücklich die Rolle der Region in den Solidaritätskorridoren zwischen der EU und der Ukraine, den Umfang des Verkehrs und der digitalen Konnektivität, die Attraktivität von Investitionen und die Risikowahrnehmung von Investoren sowie die Verwaltungskapazität umfassen sollte;***
	Or. en

Änderungsantrag 344
Dragoş Benea

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. betont, dass im Rahmen dieses Indikators insbesondere der Druck im Zusammenhang mit der Sicherheitslage, die wirtschaftlichen Auswirkungen des Verlusts der grenzüberschreitenden Verbindungen, demografische Herausforderungen, die Verfügbarkeit öffentlicher Dienstleistungen und die strategische Bedeutung der Regionen für die Widerstandsfähigkeit ***und*** Sicherheit der Union berücksichtigt werden sollten***.***	14. betont, dass im Rahmen dieses Indikators insbesondere der Druck im Zusammenhang mit der Sicherheitslage, die wirtschaftlichen Auswirkungen des Verlusts der grenzüberschreitenden Verbindungen, demografische Herausforderungen, die Verfügbarkeit öffentlicher Dienstleistungen und die strategische Bedeutung der Regionen für die Widerstandsfähigkeit***,*** Sicherheit***, Wettbewerbsfähigkeit und territoriale Konnektivität*** der Union berücksichtigt werden sollten***; betont, dass der Indikator***

auch ausdrücklich die Rolle der Region in den Solidaritätskorridoren zwischen der EU und der Ukraine, den Umfang des Verkehrs und der digitalen Konnektivität, die Attraktivität von Investitionen und die Risikowahrnehmung von Investoren sowie die Verwaltungskapazität umfassen sollte;

Or. en

Änderungsantrag 345
Sabrina Repp

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. betont, dass im Rahmen dieses Indikators insbesondere der Druck im Zusammenhang mit der Sicherheitslage, die wirtschaftlichen Auswirkungen des Verlusts der grenzüberschreitenden Verbindungen, demografische Herausforderungen, die Verfügbarkeit öffentlicher Dienstleistungen und die strategische Bedeutung der Regionen für die Widerstandsfähigkeit und Sicherheit der Union berücksichtigt werden sollten.	14. betont, dass im Rahmen dieses Indikators insbesondere der Druck im Zusammenhang mit der Sicherheitslage, die wirtschaftlichen Auswirkungen des Verlusts der grenzüberschreitenden Verbindungen, demografische Herausforderungen, ***insbesondere der Mangel an Ausbildungsplätzen und die überproportionale Abwanderung junger Menschen („Brain Drain“),*** die Verfügbarkeit öffentlicher Dienstleistungen und die strategische Bedeutung der Regionen für die Widerstandsfähigkeit und Sicherheit der Union berücksichtigt werden sollten.

Or. de

Änderungsantrag 346
Şerban Dimitrie Sturdza

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. betont, dass im Rahmen dieses	14. betont, dass im Rahmen dieses

Indikators insbesondere der Druck im Zusammenhang mit der Sicherheitslage, die wirtschaftlichen Auswirkungen des Verlusts der grenzüberschreitenden Verbindungen, demografische Herausforderungen, die Verfügbarkeit öffentlicher Dienstleistungen und die strategische Bedeutung der Regionen für die Widerstandsfähigkeit ***und*** Sicherheit der Union berücksichtigt werden sollten.	Indikators insbesondere der Druck im Zusammenhang mit der Sicherheitslage, die wirtschaftlichen Auswirkungen des Verlusts der grenzüberschreitenden ***wirtschaftlichen*** Verbindungen***, die regionale Konnektivität***, demografische Herausforderungen, die Verfügbarkeit öffentlicher Dienstleistungen und die strategische Bedeutung der Regionen für die Widerstandsfähigkeit***,*** Sicherheit***, Wettbewerbsfähigkeit und territoriale Konnektivität*** der Union berücksichtigt werden sollten.

Or. en

Änderungsantrag 347
Dan-Ştefan Motreanu, Iuliu Winkler

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. betont, dass im Rahmen dieses Indikators insbesondere der Druck im Zusammenhang mit der Sicherheitslage, die wirtschaftlichen Auswirkungen des Verlusts der grenzüberschreitenden Verbindungen, demografische Herausforderungen, die Verfügbarkeit öffentlicher Dienstleistungen und die strategische Bedeutung der Regionen für die Widerstandsfähigkeit ***und*** Sicherheit der Union berücksichtigt werden sollten.	14. betont, dass im Rahmen dieses Indikators insbesondere der Druck im Zusammenhang mit der Sicherheitslage, die wirtschaftlichen Auswirkungen des Verlusts der grenzüberschreitenden Verbindungen, ***die regionale Konnektivität,*** demografische Herausforderungen, die Verfügbarkeit öffentlicher Dienstleistungen und die strategische Bedeutung der Regionen für die Widerstandsfähigkeit***,*** Sicherheit***, Wettbewerbsfähigkeit und territoriale Konnektivität*** der Union berücksichtigt werden sollten.

Or. en

Änderungsantrag 348
Daniel Buda

Entschließungsantrag
Ziffer 14 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14a. Fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass die Solidaritätskorridore zwischen der EU und der Ukraine nicht als vorübergehende Kriseninstrumente, sondern als dauerhafte strategische Infrastruktur für die künftige Integration der Ukraine in die Europäische Union und für die langfristige Wettbewerbsfähigkeit Osteuropas behandelt werden; fordert einen speziellen europäischen Rahmen für strategische Infrastrukturprojekte in östlichen Grenzregionen, der Folgendes umfasst: frühzeitige Ermittlung vorrangiger Projekte, eine Projektvorbereitungsfazilität zur Bereitstellung technischer und finanzieller Unterstützung, koordinierter Einsatz der Fazilität „Connecting Europe“ und der Instrumente der Kohäsionspolitik sowie beschleunigte Verfahren für Projekte mit grenzüberschreitenden strategischen Auswirkungen;

Or. en

Änderungsantrag 349
Krzysztof Hetman

Entschließungsantrag
Ziffer 14 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14a. fordert die Kommission auf, dem Europäischen Parlament jährlich einen Bericht über die sozioökonomische Lage sowie die Lage in Bezug auf die Sicherheit und Resilienz in den östlichen Grenzregionen zusammen mit einer Bewertung der Wirksamkeit der umgesetzten Finanzierungsinstrumente vorzulegen und, falls sich die

Unterstützung als in nicht ausreichendem Maße wirksam erweist oder sich die geopolitische Lage erheblich ändert, Vorschläge zur Anpassung des Interventionsbereichs, der Mittelzuweisungen und der Durchführungsbedingungen vorzulegen;

Or. pl

Änderungsantrag 350
Gabriella Gerzsenyi

Entschließungsantrag
Ziffer 14 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14a. Begrüßt die Absicht der Kommission, die EastInvest-Fazilität in vollem Umfang zu nutzen, um die Widerstandsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der östlichen Grenzregionen der Union zu stärken; fordert eine verstärkte Mobilisierung von InvestEU-Garantien und beratender Unterstützung, um den Zugang zu Finanzmitteln für strategische Projekte zu erleichtern, insbesondere in den Bereichen Infrastruktur, Energie, Innovation, Digitalisierung, KMU und regionale Konnektivität;

Or. en

Änderungsantrag 351
Jacek Protas, Andrzej Buła, Krzysztof Hetman

Entschließungsantrag
Ziffer 14 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14a. fordert die Kommission auf, den Indikator als Instrument zur Überwachung der territorialen Resilienz

und zur Bewertung des Investitionsbedarfs zu nutzen; fordert die Kommission und Eurostat auf, regelmäßige statistische Berichte über die östlichen Grenzregionen auf der Grundlage eines gemeinsamen Überwachungsrahmens und harmonisierter Indikatoren zu veröffentlichen;

Or. pl

Änderungsantrag 352
Mārtiņš Staķis
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 14 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14a. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, dem Ausschuss der Regionen sowie den nationalen und regionalen Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

Or. en

Änderungsantrag 353
Dan Barna, Elsi Katainen, Ľubica Karvašová

Entschließungsantrag
Ziffer 14 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14a. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

Or. en

Änderungsantrag 354
Gabriella Gerzsenyi

Entschließungsantrag
Ziffer 14 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14b. Fordert eine verstärkte Unterstützung von Forschung, Innovation und technologischer Entwicklung in den östlichen Grenzregionen und erkennt deren strategische Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit, Widerstandsfähigkeit und Sicherheit der Union an; betont, dass gezielte Investitionen in Forschungsinfrastruktur, digitale Technologien, fortgeschrittene Fertigung und Innovationen mit doppeltem Verwendungszweck dazu beitragen können, hochqualifizierte Talente anzuziehen und zu halten, hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen, ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu fördern und regionale Unterschiede zu verringern und so die langfristige Widerstandsfähigkeit und Attraktivität der östlichen Grenzregionen zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 355
Krzysztof Hetman

Entschließungsantrag
Ziffer 14 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14b. betont, dass das Europäische Instrument für die östlichen Grenzregionen über eine gesonderte Mittelzuweisung im Unionshaushalt verfügen und transparente Kriterien für die Zuweisung von Mitteln auf der Grundlage des Grads der territorialen Anfälligkeit besitzen sollte und mit ihm

die direkte Einbeziehung der regionalen Gebietskörperschaften in die Planung, Umsetzung, Überwachung und Überprüfung der finanzierten Maßnahmen sichergestellt werden sollte;

Or. pl